Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Forderungen der Stunde — Bemerkungen — Planmäßige Demolierung jüdischer Geschäfte in Berlin — Bedeutung und Ergebnisse des Weltkongresses für das arbeitende Palästina — Das Manifest des Weltkongresses für das arbeitende Palästina — Der 18. Zionistenkongreß — Der Besuch Dr. Shiels in Palästina — Romanbeilage — Aus der jüdischen Welt — Feuilleton — Gemeinden- und Vereins-Echo — Spendenausweis

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 42 | **München, 17. Oktober 1930** | **17. Jahrgang**

1930	Wochenkalender		5691
	Okt.	Tischri	Bemerkungen
Sonntag	19	27	
Montag	20	28	
Dienstag	21	29	
Mittwoch	22	30	ראש חדש יום א׳
		Marcheschwan	
Donnerst.	23	1	ראש חדש יום ב׳
Freitag	24	2	
Samstag	25	3	נח P. R. מברכין בה״ב הפטרה רני עקרה (Jesaja 54, 1—17. 55, 1—5)

Das Jüdische Echo

Nummer 42 17. Oktober 17. Jahrgang

Forderungen der Stunde

Die Empfindungen, die der Wahlausgang vom 14. September in den Seelen der deutschen Juden ausgelöst hat, sind verhältnismäßig eindeutig, sehr viel weniger dagegen die Folgerungen, die man theoretisch und praktisch aus ihnen zieht. In einer Forderung scheinen sich aber erhebliche Teile der deutschen Judenheit einig zu sein, nämlich in der, daß innerjüdische Streitigkeiten, vor allem Wahlkämpfe in der gegenwärtigen Situation nach Möglichkeit zu vermeiden seien. Da in Preußen auf den 30. November Wahlen zum Preußischen Landesverband und gleichzeitig auch Repräsentantenwahlen in Berlin und anderen Städten angesetzt sind, hat man bereits Bemühungen unternommen, ein Wahlkompromiß zustande zu bringen. So hat sich die religiöse Mittelpartei in Berlin gegen einen Wahlkampf ausgesprochen und das Berliner Rabbinerkollegium hat den Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde aufgefordert (siehe „Jüd. Echo" Nr. 41), „alle Versuche" zu unternehmen, um die für den 30. November vorgesehenen Wahlen zu vermeiden, unter anderem mit der Begründung, daß in dieser Zeit für die unproduktiven Zwecke eines Wahlkampfes kein jüdisches Geld verwendet werden dürfe. Wie die „Jüdische Rundschau" berichtet, haben sich allerdings die Rabbiner ausgeprägt politisch liberaler Richtung an dieser Aktion nicht beteiligt.

Jüdische Wahlen sind in nicht allzu langer Zeit auch in Bayern fällig. Im Februar 1931 sind die Gemeindekörperschaften in München und Nürnberg sowie die Tagung des Verbandes Bayer. Israel. Gemeinden neu zu wählen.

Die Frage, Wahlkampf oder Wahlkompromiß, ist daher auch hier akut und verlangt eine ehrliche Antwort.

Angesichts der unübersichtlichen politischen Situation in Deutschland, deren Weiterentwicklung noch immer nicht übersehen werden kann, muß von vornherein zugegeben werden, daß die Durchführung jüdischer Wahlen in einer Zeit, in der systematisch etwa Schaufenster jüdischer Geschäfte demoliert werden, in der Juden in der Öffentlichkeit und bei der Ausübung ihres Berufes gefährdet sind, unmöglich erscheint. Wenn es so schlimm ist, wird man tatsächlich von Wahlen absehen müssen; ob aber Zustände, wie sie sich am Tage der Reichstagseröffnung in Berlin herausgebildet haben, sich weiter ausbreiten können, ist immerhin doch noch sehr fraglich. Noch besteht eine deutsche Staatsgewalt und noch ist die Hoffnung erlaubt, daß sich die Schwierigkeiten in Deutschland in parlamentarischer Weise erledigen lassen. Diese Hoffnung bedeutet aber auch andererseits für die deutschen Juden, daß sie sich nicht in einem Augenblick besonderer Not befinden, sondern, daß sie sich auf Jahre der Not einrichten müssen. Der deutsche Reichstag ist verfassungsmäßig auf vier Jahre gewählt; wer damit rechnet, daß die deutsche Reichsverfassung in Kraft bleibt, hat also zur Kenntnis zu nehmen, daß für die nächsten vier Jahre ein Fünftel bis ein Viertel der deutschen Volksvertreter antisemitisch eingestellt bleibt, auch dann, wenn, wie kaum zu hoffen ist, die Anhängerschaft der Nationalsozialisten in kurzer Zeit wieder erheblich abnehmen sollte — eine Tatsache, die sicherlich nicht ohne Folgen für das deutsche Judentum sein wird. Diese Situation ist in Wirklichkeit auch gar nicht neu; die Reichstagswahlen haben sie nur deutlich sichtbar gemacht.

Bei der Erörterung so wichtiger Maßnahmen, wie der Durchführung oder Nichtdurchführung von jüdischen Wahlen, dürfen diese Erwägungen nicht außer Acht gelassen werden. Verschiebung der Wahlen auf später braucht noch nicht Verschiebung der Wahlen auf einen besseren Zeitpunkt zu bedeuten, ja unter Umständen wird ihre Vornahme später noch mehr erschwert sein. Freimachen muß man sich auch von einem Vorurteil, dem weite Kreise leider heute schon verfallen sind, daß es nämlich schlechten Willen beweise, Gehässigkeit, persönlichen Ehrgeiz oder noch schlimmere Dinge, wenn man eine Wahl für notwendig erklärt. Wahlrecht ist Wahlpflicht. Dieser Satz gilt keineswegs nur in dem Sinne, daß der einzelne, wenn eine Wahl angesetzt ist, sein Mitbestimmungsrecht ausüben muß, sondern auch und vor allem, daß es Pflicht der Gemeinschaft ist, Wahlen durchzuführen und die Ausübung des Wahlrechts dadurch erst möglich zu machen. Solange unsere Gemeinden und Verbände demokratisch organisiert sind — und wer möchte darauf verzichten? —, heißt eine Wahlhandlung durch Parteivereinbarung vermeiden doch nichts anderes, als dem einzelnen Mitglied sein Mitbestimmungsrecht an der Verwaltung und Regelung der jüdischen Angelegenheiten zu entziehen, heißt es nichts anderes, als eine Art Notabelnwirtschaft wieder einzuführen, deren Überwindung heiße und leidenschaftliche Kämpfe gekostet hat, heißt es nichts anderes, als das Interesse an jüdischen Dingen, das ohnehin lange nicht intensiv genug ist, systematisch zu dämpfen und zu verkümmern. Es ist nicht ungefährlich nicht zu wählen, auch in einer Zeit der Not, vielleicht gerade in einer Zeit der Not, weil nämlich in ihr von den Grundsätzen, nach denen die jüdischen Angelegenheiten geführt werden, noch weit mehr abhängt, als in normalen Zeiten. Durch ein Wahlkompromiß erschwert man für eine Reihe von Jahren die in vielem notwendige Erneuerung unserer Gemeinden, macht man eine Verjüngung der Verwaltungen unmöglich, erklärt man sich mit Zuständen zufrieden, mit denen zufrieden zu sein die Sorge für die jüdische Zukunft ganz einfach nicht erlaubt.

Und weil dem so ist, braucht ein Wahlkampf nicht notwendig unproduktiv zu sein. So gilt es also sehr sorgsam abzuwägen, welche Gefahr größer ist: die akute des äußeren Angriffs, die uns zwingt, Auseinandersetzungen auch über lebenswichtigste Fragen im Innern zu vertagen oder die chronische der Verdumpfung und Verkalkung unserer jüdischen Gemeinden und Verbände, die zu unterschätzen allzu üblich geworden ist, auch bei denen, die vor zehn Jahren einen neuen Zug in die Gemeindestuben hineingetragen haben. Mag

sein, daß auch bei ernstester Überlegung sich ein Kompromiß als notwendig erweisen wird. Aber auch für diesen Fall müssen mindestens Sicherungen getroffen werden, damit nicht die Maßnahmen unterlassen werden können, deren Notwendigkeit heute klarer als je und auch in weiteren Kreisen als je eingesehen worden sein dürfte.

Zunächst handelt es sich dabei um einen Ausbau der jüdischen Erziehungsinstitutionen, insbesondere der jüdischen Volksschule. Kann man es denn heute noch verantworten, jüdische Eltern zu zwingen, ihre Kinder in Schulen zu schicken, in denen sie tagtäglich wegen ihres Judeseins Angriffen ausgesetzt sein können, in denen sie ihr Judesein meist auf eine Art und Weise erleben, an der sie ein ganzes Leben lang zu tragen haben; kann man es heute verantworten, nicht wenigstens die Möglichkeiten für jüdische Eltern geschaffen zu haben, ihre Kinder diesem Leid zu entziehen? Anstrengungen von privater jüdischer Seite genügen nicht mehr; es muß klar erkannt werden, daß es eine öffentliche jüdische Angelegenheit ist, Vorsorge für dieses elementarste Bedürfnis jüdischer Erziehung zu treffen. Ebenso muß vor einem Kompromiß restlos Klarheit darüber geschaffen werden, daß an einen Abbau der sozialen Tätigkeit der jüdischen Gemeinde, wie er von liberaler Seite immer wieder gefordert wird, nicht zu denken ist, daß im Gegenteil nach vielen Richtungen hin, über die noch zu sprechen sein wird, ihre Intensivierung ins Auge zu fassen ist. Sicherungen müssen ferner gegeben sein, daß die Gemeinden als d i e jüdischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die alle Juden ohne Ausnahmen umfassen, es in dieser Situation als ihre naturgegebene Aufgabe anerkennen, für die Rechte und den Schutz aller Juden zu sorgen. Weiterhin muß jetzt — wenn nicht jetzt, wann dann! — ein Fortschritt in der Organisation der deutschen Juden erzielt und der Reichsverband der deutschen Juden unter allen Umständen zustande gebracht werden; ja dies ist vielleicht die vordringlichste Aufgabe überhaupt.

Das sind die Forderungen der Stunde. Kann ihre Erfüllung durch ein Kompromiß gesichert und damit die richtige Antwort auf die Situation gegeben werden, dann wird man sich schließlich auch mit einem Kompromiß abfinden, obwohl man weiß und wissen muß, daß es Gefahren in sich birgt; ist es unmöglich, die notwendigen Mindestsicherungen zu erreichen, dann soll man auch eine Wahlauseinandersetzung nicht scheuen. Wer nicht versteht, daß es sich bei einem solchen Kampf nicht um persönliche Gehässigkeiten und auch nicht um ein Vergnügen Händelsüchtiger handelt, sondern um Prinzipien und Überzeugungen, dem ist nicht zu helfen; wer nur seine Ruhe haben möchte und von jüdischen Dingen nichts hören will, dem werden die Ohren wohl noch gellen; wer aber die jüdische Situation wahrhaft kennt, der weiß, daß innerjüdischer Friede ein erstrebenswertes Ziel ist, er weiß aber auch, daß man nicht unter allen Umständen dem Judentum mit dem Ruf darnach am besten dient, wenigstens nicht mit dem Ruf nach Frieden um jeden Preis. I. E.

Bemerkungen

In einer „Wochenschau“ schreibt die „Jüdische Rundschau“ u a.:

Die junge Ehe zwischen deutschdemokratischer Partei und dem Jungdo, die überraschend vor den Reichstagswahlen geschlossen wurde, ist in die Brüche gegangen. Die Jungdo-Leute sind offenbar durch den großen Erfolg der Nationalszialisten, den diese nicht zuletzt ihrer antisemitischen Parole zu verdanken hatten, ihrer neuen judenversippten Verwandtschaft in der demokratischen Partei überdrüssig geworden. Sie suchten nach Vorwänden, die Messalliance zu lösen. Der staatsparteiliche Landtagsabgeordnete in Braunschweig, ein Jungdomann, ermöglichte durch Stimmenthaltung eine nationalsozialistische Regierung, die Berliner Jungdoleute veranstalteten eine Versammlung, in der sie gegen neugewählte Abgeordnete der Staatspartei, Demokraten, schwerste Vorwürfe erhoben und einer der bekanntesten Jungdoführer, Reichstagsabgeordneter Abel, propagierte im „Jungdeutschen“ den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, d. h. das Verlassen der von Stresemann jahrelang geführten Verständigungspolitik. Unter solchen Umständen überraschte es nicht, daß Mahraun und die Seinen wieder zu ihren Jugendansichten eines romantischen asemitischen Nationalismus zurückgefunden haben und die ramponierte deutschdemokratische Partei verlassen, die, aus der rein nichtjüdischen Verwandtschaft ohne Abfindung hinausdrängt, ihren Schaden bejammert.

* * *

Anläßlich der Feiertage sah sich der Vorstand der Frankfurter Israelitischen Gemeinde veranlaßt, die Gemeindemitglieder im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen (gemeint sind die Reichstagswahlen) „zur Besinnung“ zu mahnen. Der Aufruf des Gemeindevorstandes verlangte, daß man in der Kleidung alles Auffällige vermeide (wie uns berichtet wird, war darunter auch das Tragen der festlichen Zylinderhüte zu verstehen), vor den Synagogen Ansammlungen unterlasse und sich jedes Prunkes enthalte. Wir wollen nicht darauf eingehen, ob dieser Aufruf ein Zeichen von besonderem Selbstbewußtsein und von natürlichem Gefühl für Selbstachtung und Würde ist. Es genüge die Feststellung, daß in einer der demokratischsten Städte in Deutschland, die Sitz des ersten deutschen Parlamentes war, es im Jahre 1930 als notwendig angesehen wird, derartige Aufrufe zu erlassen. Dies fast ein Jahrhundert nach Emanzipation der Juden in Deutschland.

* * *

In Österreich ist die Regierung Schober zurückgetreten und im neuen Kabinett sitzen zwei waschechte Nationalsozialisten, die ihre Weisungen direkt von Hitler beziehen. Wie diese Weisungen aussehen, kann man sich leicht vorstellen. Zwar versucht Hitler, besonders im Auslande, den Eindruck zu erwecken, daß er sich nur legaler Methoden auf dem Wege zur Machtergreifung bedienen wolle. In einem Punkte will er jedoch nicht die geringsten Konzessionen machen, nämlich auf dem Gebiete der Judenfeindschaft. Im „Völkischen Beobachter“ reagierte Hitler auf die Mahnungen seiner ausländischen Gönner aus England, die ihm rieten, den radikalen Antisemitismus aufzugeben, in der Weise, daß er Sondernummern der judenfeindlichen Verhetzung erscheinen läßt. Demgemäß instruierte er auch seine Gesinnungsgenossen im österrichischen Kabinett, daß diese bei den kommenden österreichischen Neuwahlen, in denen lauter antisemtische Parteien der Sozialdemokratie gegenüberstehen, wodurch sich die Juden in einer unangenehmen Zwangslage befinden, selbständig vorgehen, um, durch keine Bindungen gehemmt, rücksichtslos das nationalsozialistische Programm, d. h. auch hundertprozentigen Rassenantisemitismus propagieren zu können. Somit kommen auch für die Juden im gemütlichen Österreich, die ja in punkto Antisemitismus nie verwöhnt waren, jezt Wochen, in denen sie ununterbrochen Gegenstand heftigster Angriffe sein werden. Es geht jetzt dem Juden im deutschen Sprachgebiet sehr schlecht. Diese Situation erhält dadurch eine groteske Note, daß die Juden gerade vor einigen Tagen in Prag Objekt wüster antisemitischer Exzesse waren, weil sie Träger der deutschen Kultur in der Hauptstadt der Tschechoslowakei sind.

Planmäßige Demolierung jüdischer Geschäfte in Berlin

Über 50 Hakenkreuzler festgenommen

B e r l i n, 13. Okt. (Eig. Drahtber.) Von der Menge von Nationalsozialisten, die sich vor dem Reichstag zu Demonstrationen versammelt hatten und dort von der Polizei vertrieben wurden, zog ein Teil nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr in das Innere der Stadt. Es waren halbwüchsige Burschen, Anhänger des „Dritten Reiches“, die unter Rufen: Deutschland erwache! Juden heraus! und Juda verrecke! die Friedrich-Ebert-Straße heraufzogen und dort ihre Wut zunächst an den Scheiben des Café Dobrin ausließen. Von hier aus zogen sie über den Potsdamer Platz in die Leipziger Straße, wo sämtliche Schaufenster des Kaufhauses Wertheim, 36 an der Zahl, mit Steinen eingeworfen wurden. Auch in den übrigen großen Geschäften der Leipziger Straße, so im Kaufhaus Grünfeld, im Konfektionshaus Adam, im Damenmodehaus Emma Bette, im Seidenhaus Cords und sonstigen Läden bis hinunter zum Dönhoffplatz wurden zahlreiche Scheiben eingeworfen. In der Kronenstraße richteten die Nazi ihren Angriff gegen die Filiale der Darmstädter- und Nationalbank. Auch hier wurde ein großes Schaufenster eingeworfen. Von den Haupttätern konnten etwa 50 von der Polizei festgenommen werden.

Warenhaus Tietz um Mitternacht zerstört

B e r l i n, 14. Oktober. Nachdem am Leipziger Platz in den späten Abendstunden Ruhe eingetreten war — kleine Ansammlungen wurden von der Polizei rasch zerstreut — sammelten sich gegen 12 Uhr am Dönhoffplatz halbwüchsige Burchen an und schlugen fünf Fensterscheiben des Warenhauses Tietz ein. Es gelang ihnen, zu entkommen, ehe die Polizei zur Stelle war.

Gegen Mitternacht waren insgesamt 100 Personen in Berlin verhaftet worden.

Milde Urteile

B e r l i n, 14. Oktober. (Eig. Drahtber.) Wegen der Tumulte im Anschluß an die Reichstagseröffnung standen am Dienstag nachmittag 19 Nationalsozialisten vor dem Schnellrichter in Berlin-Moabit unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Mißhandlung von Polizeibeamten sowie wegen Bannmeilenverletzung und öffentlicher Zusammenrottung. Unter den Angeklagten befanden sich mehrere, die am Montag Fensterscheiben in der Leipziger Straße eingeworfen haben. Die 19 Angeklagten sind zum Teil bereits vorbestraft. Sämtliche sind Nationalsozialisten, geben aber bei ihrer Vernehmung zum großen Teil an, parteilos zu sein.

B e r l i n, 15. Oktober. Erst nach 1 Uhr nachts wurde das Urteil gefällt. Das Verfahren gegen 2 jugendliche Angeklagte ist abgetrennt worden. Die Angeklagten Lohm, Huhn und Bräseke wurden freigesprochen und das Verfahren gegen Hünemundt eingestellt. Von den übrigen Angeklagten erhielten Trentz sechs Monate Gefängnis, Rirow sechs Monate Gefängnis, Bartell sechs Monate Gefängnis, Schober fünf Monate Gefängnis, Tetzlaff drei Monate zwei Wochen Gefängnis, Blitzner drei Monate zwei Wochen Gefängnis, Stellmacher drei Monate zwei Wochen Gefängnis, Droßbeck drei Monate Gefängnis, Wipperling drei Monate Gefängnis, Urban zwei Wochen Gefängnis, Wolfram zwei Wochen Gefängnis, v. Eisenach-Rothe 100 RM. Geldstrafe, zwei Wochen Gefängnis, v. Eisenhardt-Rothe 100 RM. Geldstrafe.

Bedeutung und Ergebnisse des Weltkongresses für das arbeitende Palästina

Der bekannte Führer der palästinensischen Arbeiterschaft, D. Bin Gurion, äußerte sich nach Beendigung des Kongresses in einem Interview über dessen besondere Bedeutung wie folgt:

Was diesen Kongreß aus der Reihe aller anderen politischen Kongresse besonders hinaushob und seine Eigenheit ausmachte, war vor allem die Tatsache, daß er eine Vereinigung der ältesten heute noch lebenden Sozialisten, deren Repräsentant Eduard Bernstein ist, und die bis vor kurzem für die zionistische Bewegung nicht das geringste Interesse zeigten, und der jüngsten jüdischen sozialistischen Jugend aller Länder darstellte. In diesem Sinne der Vereinigung ältester und jüngster Kräfte innerhalb der sozialistischen Tradition stellte der Kongreß eine einzigartige Erscheinung unserer Zeit dar.

Von größter Wichtigkeit war die weitere Tatsache, daß dieser Kongreß eine so ungeheuer große Zahl jüdischer Arbeiter vereinigen konnte. Es bestand wohl kein Plan eines ausschließlichen Arbeiterkongresses, da die Überzeugung vorherrschte, daß das Gelingen des Palästina-Werkes nicht von denen allein abhängt, die jetzt schon als Pioniere in der vordersten Front stehen, sondern von der tätigen Mithilfe aller Schichten des Volkes. Also hat sich dieser Kongreß nicht ausschließlich an die jüdische Arbeiterschaft gewandt, wenn auch der jüdische Arbeiter in Palästina den Kern des Aufbauwerkes bildet. Großes Gewicht hatte man auf die Gewinnung jener weit abseits stehenden Teile des jüdischen Volkes gelegt. Es ist in dieser Hinsicht mancher Erfolg erzielt worden, vor allem in Amerika. Dort haben sich die mächtigen jüdischen Gewerkschaften mit dem jüdischen Arbeiterwerk in Palästina solidarisch erklärt. Weniger Erfolg war uns in Polen beschieden: der „Bund“, der noch immer eine große Zahl von Anhängern in der jüdischen Gasse hat, verharrt nach wie vor im Dunkel der Vorurteile gegenüber dem Palästina-Aufbauwerk.

Trotzdem war dieser Kongreß die größte und mächtigste jüdische Arbeiterkundgebung seit Bestehen der jüdischen Arbeiterbewegung. Was dem Kongreß den allweltlichen Charakter gab, war nicht bloß die formelle Vertretung aus 24 Ländern, darüber hinaus bewies er vielmehr, daß das Interesse und die Anteilnahme für das zionistische Aufbauwerk in Palästina über alle Grenzen hinweg eigentlich unbegrenzt sind. Männer aus Afrika und Amerika, aus Ost und West, aus der alten und der neuen Welt fanden sich hier zur gemeinsamen Arbeit, für ein gemeinsames Ziel.

Das politisch vielleicht wichtigste und für die zionistische Bewegung bedeutungsvollste Moment des Kongresses war die große und starke Anteilnahme der nichtjüdischen sozialistischen Welt. Es war der erste jüdische Arbeiterkongreß, an dem die Beteiligung von Persönlichkeiten des west-

europäischen Sozialismus außergewöhnlich groß war. Die britische Labour-Party war durch eines ihrer wichtigsten und angesehensten Mitglieder vertreten und sandte außerdem ein Schreiben im Namen der Partei. Die französische sozialistische Partei war durch Jean Longuet und durch ein Schreiben Leon Blums vertreten, des Gründers des sozialistischen Komitees für das arbeitende Palästina. Die belgische sozialistische Partei entsandte zwei Vertreter, Louis Pierard und Camille Huysman, den früheren Sekretär der zweiten Internationale und alten Fürsprecher und Freund des jüdischen Aufbauwerkes in Palästina. Ebenso war die deutsche Gewerkschafts- und Sozialistenbewegung durch eine Reihe von Persönlichkeiten vertreten, wie Toni Sender, Mathilde Wurm usw. In diesem Zusammenhange verdient die Tatsache erwähnt zu werden, daß auch Österreich durch keinen Geringeren als Prof. Sigmund Freud und von der jüngeren sozialistischen Generation durch Julius Braunthal vertreten war.

Größte Bedeutung hat auch der Kongreß und seine Beschlüsse für die innerzionistische Bewegung. Zum ersten Male wurde vor einem großen Forum die zionistische Idee nicht von Menschen vertreten, die bloß eine abstrakte und theoretische Beziehung zur Bewegung haben, sondern von Pionieren, die seit Jahrzehnten in der Front der tagtäglichen Aufbauarbeit in Erez-Israel stehen, von Menschen, die ihre Erfahrungen haben, die alle Schwierigkeiten kennen und die schon vor 25 Jahren den Weg zur Überwindung dieser Schwierigkeiten gewiesen haben.

Die Frage der Verwirklichung des Zionismus bildete den Schwerpunkt des Kongresses. Diese hat auch dem Inhalt des Kongresses ihren Stempel aufgedrückt. Es ist klar und deutlich auf diesem Kongreß gesagt worden, daß der Zionismus der jüdischen Arbeiterschaft in Palästina nichts zu tun habe mit der revisionistischen Phraseologie, die das Hauptgewicht auf politische Verhandlungen mit der Mandatarmacht legt; daß ihn nichts mit dem Brith Schalom verbinde, dem vor lauter Schwierigkeiten des Araberproblems der Horizont verdunkelt wird, der die vitalen Interessen und die Zukunft des jüdischen Volkes in Gefahr bringt. Es kam auf diesem Kongreß deutlich zum Ausdruck jener Zionismus, der aus den historischen Notwendigkeiten des jüdischen Volkes fließt, der sich auf die schöpferischen Kräfte des Volkes stützt, der aus dem zentralen Faktor der Verwirklichung des Zionismus den Willen der jüdischen Massen erblickt, dessen Avantgarde die jüdische Arbeiterschaft ist; jener Zionismus, der politischen Kampf und politische Aufklärung in England und in aller Welt, wie auch progressive Zusammenarbeit mit den arabischen Massen in Palästina wohl voraussetzt, der aber diese zwei Faktoren für sekundär hält und vielmehr die politische Einflußnahme auf England und die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit im Lande selbst vor allem von der Stärkung der wirtschaftlichen Position im Lande abhängig sieht.

Außer der demonstrativen und ideologischen Seite des Kongresses hat besondere Bedeutung der Beschluß über die Schaffung einer Weltliga für das arbeitende Palästina. Aufgabe dieser Weltliga wird es sein, alle Sympathien und Kräfte, welche in weiten Kreisen arbeitender Massen für den Aufbau eines arbeitenden Palästina vorhanden sind, zu kristallisieren und sie zu einer aktiven, organisierten Körperschaft zu machen, welche selbständige Energien für das Aufbauwerk in Palästina entfalten soll, so wie die Zusammenfassung politisch-gesellschaftlicher Kräfte, die sich an der Verwirklichung des zionistischen Werkes beteiligen wollen.

Die Schaffung der Weltliga bedeutet keinesfalls ein Konkurrenzunternehmen für die zionistische Weltorganisation oder für die Jewish Agency. Die Histadruth, die palästinensische Arbeiterorganisation, die den Zentralpunkt der Ligaarbeit darstellen wird, ist formell nie an der zionistischen Organisation beteiligt gewesen und wird es auch weiter nicht sein. Es ist wohl bekannt, daß ein großer Teil der jüdischen Arbeiter Palästinas aktiv an der zionistischen Organisation und der Jewish Agency mitarbeitete und dies wird auch weiter der Fall sein. Gleichzeitig aber wollen die jüdischen Arbeiter Palästinas in größerem Maßstabe auch ihre selbständige Tätigkeit fortsetzen, die sie bis nun auf wirtschaftlich-kulturellem Gebiete in Palästina und auf politischem in der Arbeiterbewegung und auf erzieherischem Gebiete innerhalb des jüdischen Volkes, insbesondere innerhalb der Jugend, entfaltet hat.

Es ist zu erwarten, daß die Liga durch die demokratisch-gesellschaftlichen Kräfte, die sie aus dem jüdischen und allgemeinen Arbeiterleben zieht, auch zur Demokratisierung der Jewish Agency führen und sie zu einem wirklichen Volksorgan für den Aufbau Palästinas machen wird.

*

Auf dem Kongreß wurden zahlreiche Referate gehalten, von denen wir im folgenden die zwei bemerkenswertesten in gekürzter Wiedergabe bringen.

Ing. S. Kaplansky führte in seinem Referat über die Aufnahmefähigkeit Palästinas aus, daß diese Frage, die lange Zeit Gegenstand einer innerjüdischen Diskussion gewesen ist, nunmehr vor dem Internationalen Forum erörtert wurde. Die Shaw-Kommission kam bekanntlich zu dem Schlusse, daß Palästina hinreichend besetzt sei. Nur in einer Nebenbemerkung wurde darauf hingewiesen, daß ohne vollständige Umwälzung der dortigen Wirtschaft eine größere Aufnahmefähigkeit nicht erreicht werden könne. Nun ist aber gerade die Europäisierung der palästinensischen Wirtschaft eine unmittelbare Folge der jüdischen Einwanderung. Das Mandatsgebiet besteht aus dem von der Mandatsregierung direkt verwalteten Westpalästina und dem Ostjordanland, dessen Verwaltung durch einen besonderen Vertrag dem Emir Abdullah übertragen wurde. Doch sichert das Mandat den Juden auch in diesem Gebiet die Freiheit wirtschaftlicher und kolonisatorischer Betätigung. Von den in Westpalästina gegenwärtig vorhandenen $12\frac{1}{2}$ Millionen Dunam anbaufähigen Bodens sind $2\frac{1}{2}$ Millionen nicht bebaut, 9 Millionen in arabischen Händen, davon aber nur 6 Millionen bebaut, während 3 Millionen Brachland sind; eine Million ist in jüdischem Besitz, aber nur zur Hälfte besiedelt. West- und Ostpalästina zusammen haben eine nutzbare landwirtschaftliche Bodenfläche von 2 150 000 Hektar. Berechnet man die Aufnahmefähigkeit dieser Fläche für landwirtschaftliche Siedlung unter Zugrundelegung der „Arbeitsnorm“, d. h. jenes durchschnittliche Minimum von Boden, welches zur Erhaltung einer Bauernfamilie nötig ist, und gleichzeitig das Maximum dessen darstellt, was eine Bauernfamilie ohne Hilfskräfte zu bestellen vermag (nach Oppenheimer und gemäß praktischen Erfahrungen in Europa und Palästina etwa 5 Hektar), so kommen wir zu einer Ziffer von 437 000 Bauernfamilien oder 2 150 000 Seelen, das bedeutet eine Verdreifachung der heutigen landwirtschaftlichen Bevölkerung. Legen wir der Berechnung die heute schon bestehenden Wirtschaftstypen Palästinas zugrunde, das sind 2 Hektar in der bewässerbaren Zone, 10 Hektar in der nicht bewässerbaren und 30 Hektar im „Negef“, dem südpalästinensischen Übergangsgebiet zur Steppe, so können wir feststellen, daß sich ohne weitere Intensivierung der palästinensischen Wirtschaft schon heute die landwirtschaftliche Bevölkerung auf 275 000 bis 280 000 Familien, also auf das Doppelte der jetzigen Familienzahl, bringen läßt. Wie groß die städtische Bevölkerung sein wird, welche dieser ländlichen Bewohnerzahl entspricht, läßt sich nicht bestimmt voraussagen. Es ist aber anzunehmen, daß sie unter Berücksichtigung der günstigen Lage Palästinas und der besonderen Eignung der Juden für Handel und Industrie so groß sein wird, daß man mit der Möglichkeit einer Gesamteinwohnerzahl von 5 bis 7 Millionen in Palästina rechnen kann. Uns jüdische Sozialisten läßt der Streit um das Endziel des Zionismus, um die Frage „Kulturzentrum oder Judenstaat“, kalt. In Variierung des Wortes Eduard Bernsteins „Das Ziel ist nichts, die Bewegung alles“, möchte ich sagen, daß wir unsere Aufgabe nicht in der Diskussion um das Endziel des Zionismus, sondern in der Ausnutzung der gegebenen ökonomischen Möglichkeiten erblicken.

Bin Gurion hielt ein Referat über „Unsere Beziehungen zum arabischen Volk und zur Mandatarmacht“. Mit dem Zionismus beginnt zum ersten Male nach der Zerstörung des jüdischen Reiches eine jüdische Staatspolitik, die den Erfolg gehabt hat, daß das jüdische Volk als Einheit und sein Anspruch auf Palästina völkerrechtlich anerkannt wurden. Die Möglichkeiten des Mandats sind noch nicht vollkommen praktisch ausgewertet, das Resultat von zehn Jahren ist aber immerhin die Einwanderung eines vollen Achtels der heutigen palästinensischen Bevölkerung. Für die zukünftige Entwicklung des Landes besitzen wir zwei Schlüsselstellungen: die Elektro- und Wasserkraft-Konzession und die Tote-Meer-Konzession. In Palästina gibt es eine Judenfrage, weil die Juden dort als Minorität denselben Gefahren ausgesetzt sind wie in allen anderen Ländern. Es gibt aber auch eine Araberfrage, weil wir nach Palästina mit einer historischen Perspektive kommen. Die Bestrebungen eines Teiles des Brith Schalom sind utopisch, wenn sie den Verzicht auf unsere Aspirationen, ein möglichst großer Jischuw zu werden, aussprechen. Einen solchen Schritt des Brith Schalom wird das jüdische Volk stets desavouieren. Wir müssen den Arabern sagen, daß 17 Millionen Juden freie Einwanderung nach Palästina für ihre Volksgenossen fordern. Wir müssen aber auch den Juden sagen, daß sie mit den 700 000 Arabern Palästinas rechnen müssen. Aus nationalen und international sozialistischen Gründen bestreiten wir das Recht der gegenwärtigen Bevölkeung Palästinas, sich gegen die übrige Welt abzusperren. Selbstbestimmungsrecht ist nicht identisch mit der Anmaßung der Herrschaft über den gesamten Boden eines Landes. Wir fordern, daß die seit unvordenklicher Zeit unausgenützten Bodenflächen Palästinas der jüdischen Einwanderung zugänglich gemacht werden, damit sie zu Quellen der Wohlfahrt ausgestaltet werden können. Es ist notwendig, daß die freie Einwanderung der Juden durch einen außerpalästinensischen Machtfaktor, den Mandatar des Völkerbundes, geschützt wird. Ein kleiner Jischuw würde die Galuth-Mentalität mit nach Palästina verpflanzen. Eine große Einwanderung aber gewährleistet freie nationale Entwicklung. Die gesonderte Organisierung von jüdischen und arabischen Arbeitern ist notwendig, damit beide Elemente sich ihrer Eigenart entsprechend ausleben können.

Das Manifest des Weltkongresses für das arbeitende Palästina

Berlin, 6. Oktober. (JTA.) Das vom ersten Kongreß für das arbeitende Palästina erlassene Manifest an die jüdischen Arbeiter, die jüdische Jugend und die jüdischen Volksmassen lautet:

„Zum ersten Male in der Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, zum ersten Male in der Geschichte des jüdischen Aufbauwerks in Palästina ist auf den Ruf der allgemeinen jüdischen Arbeiterorganisation in Palästina ein Weltkongreß zusammengetreten, der eine Viertelmillion jüdischer arbeitender Menschen repräsentiert und das Ziel verfolgt, die Kraft des organisierten jüdischen Arbeiters in Palästina zu stärken, seinen Kampf mitzukämpfen und ihm zu helfen, seine historische Mission zu erfüllen und die freie jüdische Gesellschaft der Arbeitenden in Palästina aufzubauen. Aus verschiedenen Weltteilen und aus verschiedenen ideologischen Richtungen kommen die Kongreßteilnehmer: Vertreter Zehntausender jüdischer Arbeiter in Polen, Tausender Wähler in Litauen und Lettland, Deutschland und der Tschechosolwakei, England, Belgien und Rumänien — aus 24 Ländern traten Angehörige aller Arbeiterrichtungen im Zionismus und außerhalb des Zionismus, Vertreter von Jugendverbänden und Hechaluz-Organisationen, zusammen; solche, die sich als die Reserve-Armee der Palästina-Arbeiterschaft betrachen, und solche, die eben erst in die Reihen der Palästinafreunde getreten sind; Sozialisten, die die gesellschaftserneuernde sozialistiche Tätigkeit des jüdischen Arbeiters in Palästina bewundern, und Volksmänner, die die Aufgabe der nationalen Befreiung und der Volksgesundung, deren Verwirklichung der jüdische Arbeiter Palästinas sich zum Ziele gesetzt hat, richtig einzuschätzen wissen. Alle diese Elemente vereinigen sich, ungeachtet der Verschiedenheit ihrer politischen Anschauungen, in einem einigenden Pflichtbewußtsein zu dem Ziele, in der ganzen Welt eine vereinigte Kraft zu schaffen, um den jüdischen Arbeiter in Palästina zu schützen, seine Position zu festigen und seine Basis zu verbreitern.

Indem der Kongreß gegenüber der ganzen Welt seine Einigkeit und Entschlossenheit demonstriert, diesen Willen in die Tat umzusetzen, legt er die Grundlage für eine die jüdische Arbeiterschaft in Palästina und die Histadruth einrahmende Volksorganisation und proklamiert die Schaffung einer Weltliga für das arbeitende Palästina. Die Liga wird es als ihre Aufgabe ansehen, gegenüber dem in der Histadruth organisierten Palästina-Arbeiter ihre Treue und ihre Schicksalsgemeinschaft mit ihm, sowie ihre Entschlosesnheit zu bekunden, sich in die Front des Kampfes zu stellen und sein Recht auf Arbeit, auf Autonomie, auf wirtschaftliche und kulturelle Betätigung, auf Schutz und Gleichberechtigung seiner neugeschaffenen Lebensformen (Kwuzah, Kibuz, Moschaw). Die Liga wird es als ihre Pflicht ansehen, die Front des jüdischen Arbeiters zu stärken und Angriffe gegen ihn, kommen sie von welcher Seite immer, abzuwehren und ihm volle moralische, politische und finanzielle Genossen-Hilfe zu gewähren.

Nicht allein als Träger einer Freiheitsidee tritt der Palästina-Arbeiter an seine Freunde in der Welt heran, sondern auch als Vollbringer eines großen Werkes; nicht weil er schwach ist, braucht er

Hilfe, sondern im Hinblick auf seinen und unser aller festen Glauben und die klare Erkenntnis, daß das begonnene Arbeiterwerk wachsen und groß werden kann, soll und wird, bis der Kampf ausgekämpft und ein freies jüdisches Heimatland in Palästina auf der Grundlage gerechter Arbeit, nationaler Unabhängigkeit, sozialistischer Verwirklichung und internationaler Solidarität aufgebaut sein wird."

Der 18. Zionistenkongreß

Zusammentritt wahrscheinlich im Januar 1931

London, 12. Oktober. (JTA.) Wie die JTA erfährt, soll der 18. Zionistenkongreß vorzeitig, wahrscheinlich schon im Monat Januar 1931, einberufen werden. Der Zionistenkongreß wird vor allem die Aufgabe haben, zur politischen Situation, wie sie sich aus der demnächst erfolgenden englischen Regierungserklärung über die künftige Politik in Palästina und dem Bericht Sir Hope Simpson ergeben wird, Stellung zu nehmen. Vor ihrer Wiederwahl durch den Kongreß und ohne Befragung des Kongresses wird die Zionistische Exekutive keinesfalls Schritte von entscheidender politischer Bedeutung unternehmen.

Verhandlungen zwischen Jewish Agency und britischem Kolonialamt

London, 9. Oktober. (JTA.) Der Präsident der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, ist in diesen Tagen nach London zurückgekehrt; man erwartet nun, daß die Besprechungen zwischen Jewish Agency und dem britischen Kolonialamt wieder in Fluß kommen. Allerdings dürften die Besprechungen während der Fortdauer der britischen Reichskonferenz, die die Mitglieder der Regierung stark in Anspruch nimmt, nur langsam vorwärts kommen. Nach Veröffentlichung der Regierungserklärung über die englische Politik in Palästina, die vermutlich noch vor Beginn der neuen Parlamentssession erfolgen wird, dürften die Besprechungen einen lebhafteren Fortgang nehmen. Die Regierungserklärung wird sich zweifellos hauptsächlich auf den Bericht Simpsons stützen. Wie die JTA erfährt, wird Simpson in diesem Bericht einerseits seine Bewunderung für die jüdischen Leistungen in Palästina zum Ausdruck bringen und die konstruktive Arbeit, welche durch die Initiative jüdischen Unternehmungsgeistes geschaffen wurde, hervorheben, andererseits aber auch den Standpunkt der Araber darlegen, die sich durch das Wachstum der jüdischen Siedlung in Landbesitz und materieller Existenz, ja selbst in ihrer Freiheit und Religion bedroht fühlen, da die Palästinaregierung bisher wenig für das gegenseitige Verständnis von Juden und Arabern getan hat. Daher werden die von den Juden erzielten Fortschritte als feindlicher Vormarsch aufgefaßt und besonders im Hinblick darauf, daß der vom Keren Kajemeth erworbene Boden nie mehr zurückgekauft werden kann, mit Eifersucht und Mißtrauen verfolgt. Simpson wird wahrscheinlich versuchen, zwischen der Forderung nach Errichtung des Jüdischen Nationalheims und dem zweiten Teil des Mandats, welcher die Rechte der jetzigen nichtjüdischen Bevölkerung des Landes sichert, einen Mittelweg zu finden. Inzwischen hat das Kolonialamt die im Mai dieses Jahres suspendierten Einwanderungszertifikate noch nicht freigegeben. Die wirtschaftliche Lage Palästinas, das durch die Weltkriese in immer stärkerem Maße betroffen wird, dürfte durch das Zögern des Kolonialamtes in der Frage der Wiederaufnahme der Einwanderung eine weitere Verschlechterung erfahren. Die abwartende Haltung des Kolonialamtes ist auf eine geringe Steigerung der Arbeitslosigkeit in Palästina zurückzuführen.

Der Besuch Dr. Shiels in Palästina

Besprechungen mit den Führern der Histadruth in Tel-Awiw — Demonstrationen gegen Shiels vor dem Palatin-Hotel

Jerusalem, 10. Oktober. (JTA.) Einer Anregung der Arbeitertageszeitung „Dawar" folgend, hat der britische Unterstaatssekretär für die Kolonien Dr. Drummond Shiels am Mittwoch, den 8. Oktober, in Begleitung von Colonel Kisch die Hebräische Universität und das Spital der Hadassah in Jerusalem besucht. Am Donnerstag, den 9. Oktober, verließ Dr. Shiels Jerusalem, um Jaffa, Tel-Awiw und Petach Tikwah zu besuchen. In Tel-Awiw nahmen Dr. Shiels und seine Begleitung an einem ihnen zu Ehren von der Gemeindeverwaltung gegebenen Lunch teil. Die Straßen, die Dr. Shiels auf der Fahrt zum Rathaus in Tel-Awiw passierte, waren von einer dichten Menschenmenge eingesäumt. Dr. Shiels äußerte sich begeistert über die Entwicklung der Stadt und die Schönheit ihrer Anlage. Anläßlich des Empfanges im Rathause wurden Dr. Shiels die Wünsche der Stadtverwaltung hinsichtlich des Ausbaus des Hafens von Jaffa und der Verlegung des Eisenbahnknotenpunktes von Ludd nach Tel-Awiw vorgetragen. Vom Stadthaus begab sich Dr. Shiels zum Palatin-Hotel zu einer Aussprache mit sechs Mitgliedern der Exekutive des palästinensischen Arbeiterverbandes Histadruth. Im Verlauf dieser Aussprache erklärte der Arbeiterführer Arlosoroff, man könne dem jüdischen Volke weitere Opfer für Palästina nur dann zumuten, wenn der Aufbau Palästinas unabhängig bliebe von der Zustimmung einer nichtjüdischen Majorität im Lande. Ben Zwi beklagte es, daß die englischen Behörden wenig Sympathie für das jüdische Aufbauwerk an den Tag legen. Dr. Shiels erwiderte, die Arbeiterregierung werde sich in ihrer künftigen Politik nicht von einseitigen Gesichtspunkten leiten lassen. Dauernde Opposition gegen die Regierung sei unklug.

Die Mitglieder der Exekutive der Histadruth werden Shiels auf seiner Fahrt durch die Arbeitersiedlungen des Emek begleiten.

Als Shiels und seine Begleitung nach der Konferenz mit den Arbeiterführern das Palatin-Hotel verließen, demonstrierte eine vor dem Hotel angesammelte Menge gegen Shiels durch Pfeifen, Johlen und Pfuirufe. Vier Demonstranten, in denen man Revisionisten vermutet, wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich das ehemalige Redaktionsmitglied des „Doar Hayom", Akhi Mayer.

London, 12. Oktober. (JTA.) In der Londoner Presse kommt die Meinung zum Ausdruck, daß die Demonstrationen gegen den Unterstaatssekretär für die Kolonien Dr. Drummond Shiels in Tel-Awiw darauf zurückzuführen seien, daß nach Meldungen, die in Palästina aus London eingetroffen waren, Dr. Shiels der arabischen Exekutive die Schaffung eines palästinensischen Parlaments zugesagt hätte. Die Demonstranten hätten gerufen: „Nieder mit dem Parlament, nieder mit dieser Ungerechtigkeit gegen die Juden!" Die Polizei sei genötigt gewesen, von den Gummiknüppeln Gebrauch zu machen, um die Menge zu zerstreuen.

Jerusalem, 10. Oktober. (JTA.) In einem Communique der palästinensisch-arabischen Exekutive wird mitgeteilt, Dr. Drummond Shiels habe einer arabischen Deputation gegenüber erklärt, die

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

35. Fortsetzung

„Wäre der Russe nicht rechtzeitig mit den Kanonen abgezogen, so hätten wir sie erobert!"

„Wozu sitzen wir eigentlich hier?" unterbrach einer.

„Kommt, gehen wir die Unseren suchen! Es wird spät. Am Ende marschieren sie weiter, und wir bleiben dann zurück."

Der Trupp ging das Wäldchen entlang. Versprengte Zuaven kamen ihnen entgegen. Es ertönte ein Signal.

„Russen!"

„Das sind Russen!"

„Was für ein Signal ist das?"

„Weiß der Teufel!"

„Schlimm, Bruderherz!"

„Sie knallen uns ab bis auf den letzten Mann!"

„Still!"

„Geht einzelweise!"

Der Trupp zerstreute sich und schlich leise zwischen den Bäumen vorwärts. Ein Streifen Wiese blitzte auf. Vorsichtig steckte ein Mann den Kopf hinter einem Baume hervor. Er entdeckte die schwarze Fahne mit dem weißen Kreuz und schrie jubelnd auf:

„Die Unseren!"

Alle begannen zu laufen. Von der Ferne erkannten sie Rochebrun. Doch ehe sie noch am Ziele waren, ertönten Rufe:

„Die Russen kommen!"

Der Feind war in Gruppen zu fünf oder zehn Mann im Walde verstreut. Ein Jagen begann.

Rochebrun mit seinem Häuflein Zuaven stürmte auf ihn los. Über zwanzig kräftige Russen umzingelten einige Zuaven und durchbohrten sie; als sie jedoch einen Trupp Polen nach dem andern aus dem Walde näherkommen sahen, nahmen sie Reißaus.

„Schießen!" rief jemand.

Alle legten die Gewehre an; sie waren ungeladen...

Die Zuaven setzten in Gruppen zu dreien und vieren die Verfolgung fort.

Im Gebüsch kauerte ein Russe, das Bajonett in der Hand. Mordechai warf sich auf ihn. Er sah zwei kleine graue Augen, eine Schnittnarbe auf einem rotblonden Kinn. Mit einem Kolbenhieb schlug Mordechai dem Gegner das Bajonett aus der Hand, mit einem zweiten traf er ihn auf die Brust. Der Russe fiel nieder. Mordechai fühlte ein Brennen an der rechten Schläfe. Er sah den Russen knien und hörte ihn flehen:

„Habt Erbarmen, bei Gott, ich habe nicht geschossen!"

Plötzlich sprang er auf und lief davon. Mordechai ihm nach. Die Entfernung zwischen beiden wird immer größer und größer...

Als er erwachte, dunkelte es bereits.

Ringsum war es still. Blutrot stand die sinkende Sonne hinter dem Walde.

Wo bin ich? fragte sich Mordechai. Er suchte sein Gewehr, ging einige Schritte vor und wieder zurück, beugte sich ins Gebüsch — das Gewehr war nicht zu finden. Jetzt erst wurde er gewahr, daß ihm die rechte Seite seines Kopfes brannte und im Fieber glühte; seine Schläfen pochten.

Er schritt immer tiefer in den Wald hinein...

Plötzlich sah er etwa zwanzig Schritt vor sich entfernt, auf einem Baumstumpf Langewitsch sitzen, das Gesicht in den Händen vergraben; seine Schultern bebten. Weinte der Diktator?...

Mordechai bog ab und ging quer durch den Wald, bis er aufs Feld gelangte.

Von allen Seiten kamen Soldaten. Keiner wußte, wohin er ging. Nur mit Mühe fand der Fuß den Boden, so dicht lagen die Toten, Polen und Russen nebeneinander.

„Kameraden," flehte ein Verwundeter, „habt Erbarmen! Die Russen werden mich erschlagen, lasset mich nicht hier!"

Ungerührt von dem Flehen, wankten die Soldaten vorüber. Mordechai beugte sich über den Verwundeten:

„Was fehlt dir?"

„Mein Knöchel ist durchschossen. Ich kann nicht gehen. Führe mich, Bruder, zu den Unseren, mein Lebelang werde ich es dir nicht vergessen!

Mordechais Augen glitten über die Toten. Dazwischen lag Kahane mit offenen, starren Augen. Neben ihm lag sein rechter Arm. Mor-

dechai rief einen Soldaten an und übergab ihm den Verwundeten:

„Führe ihn zum Ambulanzwagen!"

Dann zog er einem Toten das Hemd aus, verband Kahanes blutigen Armstumpf und ließ sich ihm zu Häupten nieder...

Kahane erwachte aus seiner Betäubung, blickte sich um und wollte sich erheben; kraftlos sank er zurück.

„Ich bin bei dir!"

„Mordechai?"

„Ja."

„Komm, Mordechai, fort von hier! Kein Diktator, keine Armee mehr!"

„Was?"

„Heute nacht begibt sich Langewitsch nach Galizien."

„Und die Armee?"

„Die Armee wird auseinanderlaufen. Komm, hilf mir aufstehen!"

Mordechai schleppte sich mit Kahane weiter.

„Ich fürchte, wir gehen irre; wir werden noch dem Feinde in die Hände fallen", sagte Kahane.

„Was liegt daran!"

Ein Trupp Ulanen kam geritten. Mordechai fragte:

„Wo stehen die Unseren?"

„Das weiß der Himmel!"

„Alles läuft über die Grenze."

Die Ulanen ritten davon... Alles war still wie zuvor. Kahane lehnte seinen Kopf an Mordechais Schulter und schluchzte leise...

REB ABRAHAMS ENDE

Im Walde bei Mordechais Eltern hatte sich nichts geändert. Das Leben nahm den gleichen Lauf wie vor fünfzig und vor hundert Jahren. Im Jahre 1831 hatte Mordechais Vater Reb Abraham der polnischen Armee Proviant zugeführt; jetzt ließ er sichs angelegen sein, daß Padlewskis Truppenreste Stiefel, Pelze und Kartoffeln bekamen. Tief im Walde, wo es schwer war hinzukommen, saßen in Baracken Schneider und Schuster und arbeiteten Tag und Nacht.

Dwojrele, Mordechais Mutter, kaufte allen Fischerfrauen der Umgebung die Leinwand ab, die sie im Winter gewebt hatten. Zusammen mit der alten Brajne und mit den Fischermädchen schnitt sie die Leinwand in schmale und breite Streifen und rollte sie in Knäuel. den alle Wäschestücke zerrissen, um Ver- Und als die Leinwand aufgebraucht war, wurbandszeug für die polnischen Soldaten daraus zu machen.

Mordechais Name, der so lange in des Vaters Gegenwart nicht hatte genannt werden dürfen, wurde jetzt, da Mordechai sich dem Aufstand angeschlossen hatte, mit Ehrerbietung erwähnt. Und Reb Abraham achtete persönlich darauf, daß am Abend an allen Fenstern Kerzen entzündet wurden, welche die ganze Nacht brannten — wenn Mordechai heimkäme, so sollte er schon von weitem das Vaterhaus erkennen...

Ein leichter Regenschauer fiel auf die feuchtquellende, mit Moos durchzogene Erde; zwischen den Bäumen hing dampfender Nebel. Ein zweispänniger Leiterwagen trottete gemächlich über den schmalen Waldweg, in dessen sumpfige Erde die Räder tiefe Spuren schnitten.

Ein älterer Schlachtschitz schritt in Bauernkleidung neben dem Wagen einher, in dem, von Reisig und Spänen bedeckt, Stiefel und kurze Schafpelze lagen.

Woche um Woche kam der Schlachtschitz mit seinem Leiterwagen in die Baracke zu Mordechais Vater, nahm die fertiggestellten Stiefel und Pelze in Empfang und lieferte sie Padlewski ab.

Er zog den Strick fester um seinen Pelz, rauchte seine Tonpfeife und ging schwerfällig neben den Pferden her. Der lange, einsame Weg, der den alten Mann auf seine eigenen Schritte und seine eigenen Gedanken horchen ließ, dämpfte in ihm die Angst, welche jeder Schatten weckte. Aber so vorsichtig er zu Werke ging, um eine Begegnung mit dem Feinde zu vermeiden, stets pochte in seinem tiefsten Innern jene nahezu schmerzhafte Beklemmung, die eine Gefahr erwartete.

Und die Gefahr kam.

Der Schlachtschitz hatte eben den Wald hinter sich und wollte gegen die Wiesen wenden; da ritten ihm etwa zwanzig Kosaken entgegen und hielten ihn an:

„Was führst du da?"

„Ich habe ein wenig Reisig gesammelt", antwortete er.

„Hast du niemanden dort gesehen?"

„Wo?"

„Im Walde."

„Niemanden, Panowie!"

Die Kosaken ritten weiter. Nach kurzer Zeit jedoch kehrten zwei von ihnen um. Wortlos zerwühlten sie die Zweige und stachen mit den Bajonetten in den Wagen.

„Du, alter Gauner, du führst nichts mit dir, was?"

Ein Kosak versetzte dem Schlachtschitzen einen Kolbenstoß gegen die Brust. Der alte Mann fiel nieder und konnte sich nur mühsam erheben. Er sprach kein Wort.

Fortsetzung folgt.

Veröffentlichung des Berichtes von Sir John Hope Simpson werde gleichzeitig mit der Regierungserklärung über die zukünftige Palästina-Politik Ende Oktober erfolgen. Im Verlauf der Unterredung mit der Deputation die aus dem Präsidenten der palästinensisch-arabischen Exekutive und der Londoner arabischen Delegation Muza Kazim Pascha, dem Großmufti, dem Bürgermeister von Jerusalem Ragheb Bey Nashashibi, Auni Bey Abdul Hadi, Jameal Husseini, Mr. Alfred Roch und Moghanan Effendi bestand, wurden alle Fragen, welche Gegenstand der Unterhandlungen der Araber mit der Londoner Regierung gebildet hatten, weiters die Frage des Bodenkaufs in Vadi Havarith, schließlich Erziehungs- und Budgetfragen zur Sprache gebracht. Dr. Shiels hat — so heißt es in dem arabischen Communiqué — erklärt, daß die Regierung diesen Angelegenheiten ihre volle Aufmerksamkeit widmen werde.

Einer bei ihm erschienenen Deputation der Jewish Agency und des Waad Leumi, bestehend aus Colonel Kisch, Dr. Maurice B. Hexter, Dr. Werner Senator, Pinchas Ruthenberg, Meier Dizengoff, Dr. Arlosoroff, Rabbi Ostrowski und Josef Meyuchas, gab Dr. Shiels bekannt, daß zwischen der Regierung in London und der Jewish Agency gegenwärtig Besprechungen über Änderung der palästinensischen Verfassung stattfinden. Wie die JTA erfährt, beklagte sich Dr. Shiels gegenüber der jüdischen Abordnung über die von den Juden an den Regierungsmaßnahmen geübte Kritik und deutete an, daß sich die Regierung bereits ein festes Urteil über die wichtigsten Probleme gebildet habe.

Die Klagemauerfrage — Kein freiwilliges Kompromiß

Jerusalem, 8. Oktober. (JTA.) Dienstag, den 7. Oktober, ist die Frist, welche die internationale Klagemauerkommission des Völkerbundes den Juden und Mohammedanern zur Erreichung eines freiwilligen Kompromisses in der Klagemauerfrage gestellt hat, abgelaufen, ohne daß eine Einigung erzielt worden wäre. Die Entscheidung wird nunmehr durch die Kommission autoritativ gefällt werden.

Aus der jüdischen Welt

136 000 Stimmberechtigte zu den Repräsentantenwahlen der Berliner Jüdischen Gemeinde

Berlin, 10. Oktober. (JTA.) Die Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin erledigte in ihrer Sitzung vom 9. Oktober die Einsprüche betreffend die Wahllisten gemäß der Vorlage des Vorstandes. Dabei wurde festgestellt, daß die Wählerliste zu den am 30. November stattfindenden Repräsentantenwahlen rund 136 000 Namen enthält.

Eine Verfügung des Preußischen Justizministers gegen Ablehnung von Richtern aus konfessionellen oder Abstammungsgründen

Berlin, 13. Oktober. (JTA.) Es ist neuerdings, namentlich in politischen Strafsachen, mehrfach vorgekommen, daß Angeklagte ohne weitere Begründung einzelne Richter, Schöffen und Geschworene lediglich wegen ihrer politischen Parteistellung, ihres Glaubensbekenntnisses oder ihrer Abstammung als befangen abgelehnt haben. Gelegentlich haben Angeklagte, offenbar in der Absicht, sich auf diese Weise Unterlagen für ein Ablehnungsgesuch zu verschaffen, sogar verlangt, daß die Richter (Schöffen, Geschworene) befragt würden, welcher Partei oder Konfession sie zugehörten oder welcher Abstammung sie seien.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, weist der preußische Justizminister in einer allgemeinen Verfügung vom 6. Oktober d. J. darauf hin, daß ein solches Verlangen jeder Rechtsgrundlage entbehre. Nach § 24, Abs. 3, Satz 2 der Strafprozeßordnung habe der zur Ablehnung Berechtigte nur das Recht, die Namhaftmachung der zur Mitwirkung bei der Entscheidung berufenen Gerichtspersonen zu verlangen. Hierunter seien aber Angaben über die politische Einstellung, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgesellschaft, die Abstammung oder sonstige persönliche Verhältnisse der Richter nicht zu verstehen. Für sich allein vermöge auch die Parteistellung eines Richters, seine Konfession und seine Abstammung, wie das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen habe, die Besorgnis der Befangenheit nicht zu rechtfertigen. Bei Beurteilung eines Ablehnungsgesuches komme es darauf an, ob der Angeklagte bei verständiger Würdigung der Sachlage Grund zu der Befürchtung habe, der Richter werde in seinem Urteil nicht unvoreingenommen sein. Deshalb bedürfe es zur Begründung einer Ablehnung der Anführung besonderer, aus der Lage des Einzelfalles geschöpfter Mißtrauensgründe, die außerdem glaubhaft zu machen seien. Hinsichtlich der politischen Parteistellung oder der sonstigen persönlichen Verhältnisse des Richters sei vom Standpunkt eines verständigen Angeklagten ein Grund zur Ablehnung nur dann gegeben, wenn besondere Umstände befürchten ließen, daß politische oder sonstige Gegensätzlichkeiten die Unparteilichkeit des Richters gerade ihm gegenüber nachteilig beeinflussen könnten.

Der Justizminister ersucht die Beamten der Staatsanwaltschaft, diese Gesichtspunkte bei ihren Anträgen und Äußerungen nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Ritualmordprozeß in Karpathorußland

Prag, 9. Oktober. (JTA.) Am Vorabend des verflossenen Pessachfestes haben in der kleinen Gemeinde Ujszeme, Karpathorußland, zwei christliche Mädchen im Spiele sich gegenseitig verletzt. Jetzt erst wird bekannt, daß in dieser Angelegenbeim Bezirksgericht in Velka Berezna eine Strafsache gegen den jüdischen Hausierer Moritz Steinberger anhängig ist. Der ruthenische Lehrer Polyak und einige Ortsbewohner sagten aus, daß der Hausierer den Kindern den Arm aufschnitt, ihnen Blut entzog und in eine Flasche füllte. Ein im Orte wohnender Arzt erklärte, daß eine Blutentnahme erfolgt sei. In der Öffentlichkeit werden diese Behauptungen nicht ernst genommen; man hält sie für einen Ausfluß antisemitischer Hetze und religiösen Fanatismus.

Kabinett Mironescu in Rumänien — Hoffnung auf eine Besserung der Lage der Juden

Bukarest, 10. Oktober. (JTA.) Der bisherige Außenminister Rumäniens, Mironescu, der mit der der Bildung des neuen Kabinetts, an Stelle des zurückgetretenen Kabinetts Maniu, betraut wurde, hat dem König eine Ministerliste unterbreitet, die lautet: Ministerpräsident und Minister für Äußeres: Mironescu; Innenminister: Mihalake; Finanzminister: Popovici; Justizminister: Junian; Landwirtschaftsminister: Madgearu; Verkehrsminister: Manoilescu; Unterrichtsminister: Costatescu; Handels- und Gewerbeminister: Lugoseanu; Arbeits- u. Gesundheitsminister: Jul. Holdovan; Kriegsminister: General Condescu; Minister ohne Portefeuille (für Bessarabien): Haliva.

Es handelt sich also wieder um ein Kabinett der Nationalen Bauernpartei (Nationalzaranisten), auch an der personellen Zusammensetzung ist nicht viel geändert worden, nur daß Maniu als Ministerpräsident und Vaida Voevod, dem ein großer Teil der Schuld an dem Aufkommen der neuen antisemitischen Welle zugeschrieben wird, als Innenminister im neuen Kabinett fehlen. Mironescu gilt als ein Staatsmann, der Klugheit und Energie vereinigt. Gegenüber den Juden, die er für ein nützliches und staatserhaltendes Element hält, hat er stets eine loyale und freundliche Haltung eingenommen. Man hofft, daß es Mironescu gelingen wird, die auch dem Staate gefährliche antisemitische Welle zurückzudämmen.

Wladimir Jabotinsky 50 Jahre

Paris, 12. Oktober. (JTA.) Wladimir Jabotinsky, der Schöpfer des zionistischen Revisionismus und Präsident der Weltunion der Zionisten-Revisionisten, vollendet am 18. Oktober d. J. sein 50. Lebensjahr.

Resolution zugunsten der Errichtung des Jüdischen Nationalheims auf der Konferenz der Labour-Party angenommen

Llandudno, 10. Oktober. (JTA.) Die von dem Poale Zion eingebrachte Resolution, welche sich für die Errichtung des Jüdischen Nationalheims in Palästina ausspricht, wurde von der gegenwärtig in Llandudno tagenden Konferenz der britischen Arbeiterpartei mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution wurde dem Plenum durch Mr. Rosetti vorgelegt und von dem früheren Bürgermeister von Stepney, Stadtrat Frankel, befürwortet. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Hugh Dalton, stimmte der Resolution namens der Exekutive der Arbeiterpartei zu und sprach sich für ein Zusammengehen der jüdischen und der arabischen Arbeiter in Palästina aus. Die zweite von der Poale Zion eingebrachte Resolution, die sich mit der Suspendierung der Arbeitereinwanderung nach Palästina befaßt, wurde auf Grund einer Vereinbarung zurückgezogen.

Die Aussichten der neuen jüdischen Einwanderung nach Palästina

Jerusalem, 8. Oktober. (JTA.) Wie die JTA. erfährt, finden innerhalb der Exekutive der Jewish Agency Beratungen über die neue Einwanderungsquote statt. Wahrscheinlich wird bei der Regierung um Ausstellung von 2000 Zertifikaten angesucht werden. Die palästinensische Arbeiterorganisation (Histadruth Haowdim) hatte die Anforderung von 2800 Zertifikaten vorgeschlagen. Die Bewilligung dieser Einwanderungsquote für das erste Halbjahr wird nicht eine Freigabe der im vorigen Mai eingezogenen Einwanderungszertifikate zur Folge haben, obwohl schon früher die Forderung an die Regierung gestellt worden war, die eingezogenen Zertifikate vor Einbringung eines neuen Quotenvorschlages freizugeben.

Der erste arabische Student an der Jerusalemer Universität

Jerusalem, 10. Oktober. (JTA.) Ein Mitglied der Familie Husseini, das an der Beyruter Universität promoviert hat, setzt nun seine arabistischen Studien an der Hebräischen Universität in Jerusalem fort. Dies ist der erste Fall der Inskription eines Arabers an der Jerusalemer Universität.

Feuilleton

Neue Bücher

Aus dem jüdischen Verlag

Dr. Michael Traub, Jüdische Wanderbewegungen vor und nach dem Weltkriege

Soeben erschien im Jüdischen Verlag, Berlin, ein neues Werk des bekannten Statistikers Dr. Michael Traub, das in einer zusammenfassenden Darstellung die jüdischen Wanderungen während des Krieges und nach dem Kriege schildert und eine überaus anschauliche vergleichende Übersicht der Vor- und Nachkriegswanderung gibt. Besonders ausführlich wird die jüdische Emigration nach den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien und Palästina behandelt. In einem 45 Tabellen umfassenden statistischen Anhang werden zum ersten Male in dieser Vollständigkeit sowohl die allgemeinen als auch die jüdischen Emigrationszahlen seit dem Jahre 1899 bis zur Gegenwart veröffentlicht. Dr. Traub, der als einer der besten Kenner jüdischer Wanderfragen gilt, hat mit diesem Werke eine empfindliche Lücke ausgefüllt. Das Buch ist unentbehrlich für alle, die sich mit der jüdischen Emigration, einem der zentralsten Probleme der Gegenwart, auseinanderzusetzen haben. Über den Kreis jüdischer Leser hinaus hat das Buch besonderen Wert auch für alle an internationaler Politik, Statistik, Soziologie, Arbeiter- und Berufsfragen Interessierten. (Preis: Broschiert RM. 6.—, in Pappband RM. 7.50, in Leinen RM. 9.—.)

Das fünfbändige Jüdische Lexikon,

die erste jüdische Enzyklopädie in deutscher Sprache, die im Jüdischen Verlag, Berlin, nach mehr als zehnjähriger Vorbereitung erscheint, liegt jetzt mit dem noch im Oktober erscheinenden Schlußband abgeschlossen vor. Dieses Handbuch des jüdischen Wissens gibt über alle Gebiete des jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur in Gegenwart und Vergangenheit erschöpfende Auskunft und ist außerordentlich reich illustriert.

Drei neue Bücher im Heine-Bund

In der zielbewußt fortgesetzten Bibliothek des Heine-Bunds werden drei bemerkenswerte Bände angekündigt: ein neues Werk von Marcus Ehrenpreis „Propheten und Gottesmänner", dessen Spanienreise seinerzeit ein literarisches Ereignis war; „Juden in der deutschen Wirtschaft" von Kurt Zielenziger (Fortsetzung der bekannten Serie) und die höchst kuriosen „Denkwürdigkeiten des Aron Isak", eines jüdischen Petschaftstechers aus Treuenbrietzen in der Mark. Alle Bände illustriert und tadellos ausgestattet. — Wer noch nicht Mitglied des Heine-Bundes ist — aber jeder geistig interessierte Jude sollte es werden, denn der billige Mitgliedspreis von RM. 12.— jährlich im Inland, RM. 13.— im Ausland für drei Bücher nach eigener Wahl gestattet es allen, lasse sich den neuen Prospekt kommen. (Adresse: Der Heine-Bund, Berlin W 57, Pallaßstraße 10/11.)

Das erstgenannte Buch liegt bereits vor. Ein fundiertes Buch. Der Forscher Ehrenpreis kennt alle Quellen. Er ist mit der Bibel aufgewachsen. Die Ergebnisse der historischen Wissenschaft sind ihm nicht fremd. Aber des Künstlers gestaltete Visionen stehen nicht in den Urkunden. Amos hat seine Rede so nicht gehalten, die darum nicht minder wahr ist, als die Lebensbeichte Jeremias, oder des greisen Moses Abschied von seinem Jünger. Es ist die höhere, die künstlerische Wahrheit, die aus diesen Reden und Berichten spricht, die die Worte und Taten der vom Ethos des Unbedingten getragenen Führer erfüllt. Diese Visionen sind ein Bekenntnis zum Glauben an die Rolle der großen Menschen in der Geschichte. — Groß ist Ehrenpreis' Fähigkeit weltgeschichtliche Zusammenhänge zu erfassen: Rituellen Formalismus und Religiosität, individuelles Gemeinschaftsheil, Macht und Geist, soziale Gesinnung, Internationalismus, Pazifismus. Die vor drei Jahrtausenden entstandenen, noch nicht ausgetragenen Kämpfe bilden die Atmosphäre, die das schwungvolle Buch so lebendig, ja aktuell machen.

Die Judenfrage

Ob eine Auseinandersetzung zwischen Juden und Antisemiten in leidlich anständigen Formen überhaupt möglich ist? Bisher ist diese Frage noch ungeklärt, ebenso wie die, ob eine solche Auseinandersetzung sinnvoll wäre. Die Antisemiten echter Prägung haben solch konfuse und phantastische Vorstellungen von Juden und Judentum, daß sie allen Aussagen und Selbstzeugnissen von jüdischer Seite keinen Glauben schenken, weshalb auch Aufklärungsarbeit so schwierig, wenn unter Antisemiten nicht überhaupt unmöglich ist; eben aus diesem Grunde aber werden die Antisemiten für den Juden zum Objekt der verschiedensten psychologischen Beobachtungen und Erklärungsversuche, von denen die landläufigen: Schwindler, politische Geschäftemacher, Irrenhäusler, vielleicht manchmal auch zureffen, trotz ihrer Einfachheit aber nicht unbedingt richtig sind.

Wer nun etwa geglaubt hätte, in einem der Judenfrage gewidmeten Sonderheft der „Süddeutschen Monatshefte", das im wesentlichen aus Beiträgen von jüdischer und antisemitischer Seite zusammengestellt ist, eine Auseinandersetzung über diese aktuelle und bedeutsame Frage zu finden, sieht sich sehr enttäuscht, ja dieses Heft beweist noch nicht einmal die Möglichkeit einer solchen Auseinandersetzung. Denn es finden sich in ihm nur die jüdische und die entgegengesetzte Position und der nichtjüdische Leser, für den dieses Heft doch wohl vor allem bestimmt ist, und dem es helfen soll, sieht sich eben, wenn er es aufmerksam gelesen hat, vor der Frage, ob er den Juden glauben will oder lieber Reventlow und Fritsch. Entscheidet er sich für diese, so haben noch so sachliche Darlegungen von jüdischer Seite keine Wirkungsmöglichkeit mehr und für jene kann er sich nur entscheiden, wenn er bereit ist, dem Gefasel der Reventlow und Fritsch auch nicht ein Wort zu glauben. Solche Endgültigkeit der Negation ist nun aus vielen Gründen vom nichtjüdischen Leser kaum zu erhoffen und darum hat die ganze Veranstaltung ihren Sinn verfehlt, wenn sie wohl auch aus bestem Willen der Redaktion hervorgegangen ist. Bleibt die Hoffnung, daß auf diesem Weg die sachlichen Darlegungen der jüdischen Autoren[1], zu einem weiteren Kreis sprechen, als er ihnen sonst gegönnt wäre.

[1](Ismar Elbogen schreibt über „Wanderungen der Juden"; Israel Cohen über „Die zionistische Bewegung"; Gerhard Holdheim über „Den Zionismus in Deutschland"; E. Reichmann-Jungmann über „Den Central-Verein"; Naumann über „Nationaldeutsches Judentum"; Leo Baeck über „Die jüdische Religion in der Gegenwart". Neben den antisemitischen Aufsätzen von Jünger, Reventlow und Fritsch finden sich solche über „Katholizismus und Judentum" von C. M. Kaufmann und über „Evangelische Kirche und völkische Bewegung" von Ernst Moering.)

Der sechste Band der „Encyclopaedia Judaica" erschienen

Von der in Berlin unter der Chefredaktion von Dr. Jakob Klatzkin und Prof. Dr. Ismar Elbogen im Verlag „Eschkol" erscheinenden „Encyclopaedia Judaica" ist soeben der sechste Band (Drama-Gabinius) erschienen. Gleich den vorigen Bänden enthält auch Band VI eine Reihe von großangelegten Monographien, darunter über „Drama", „Druckwesen", „Ehe", „Emanzipation", „Emigration", „Engel", „Europa", „Finanz- und Bankwesen", „Frankfurt a. M." und „Frankreich". Der Band ist reich illustriert und mit zahlreichen Tabellen, darunter farbigen, und Tafeln (Exlibris, Estherrolle u. a.), sowie Noten und Landkarten ausgestattet.

* * *

Im Verlage Eschkol, Berlin, erschien soeben der dritte Band des Standardwerkes von Dr. Jakob Klatzkin (unter Mitwirkung von Dr. M. Zobel): „Thesaurus philosophicus linguae hebraicae" (hebräisch-deutsch). Ein vierter und letzter Band, enthaltend die letzten drei Buchstaben, zahlreiche Nachträge und einen deutsch-englischen Index der hebräischen philosophischen Terminologie, befindet sich im Druck.

Wege zur sexuellen Aufklärung

Von Dr. Rahel Straus. Verlag der Ärztlichen Rundschau Otto Gmelin, München. 8°. 22 S.

Der Untertitel der vorliegenden Broschüre „Zwei Vorträge einer Mutter und Ärztin" würde auch demjenigen, der Rahel Straus, ihr Sein und Wirken, nicht kennt, zeigen, von welcher Seite hier an ein vielumstrittenes Kapitel der Menschenerziehung herangegangen wird. Die liebende, behutsame Hand der Mutter, unterstützt vom klar erkennenden Auge der Ärztin, führt und leitet in schwierigen Situationen, erhellt sie und führt sie zu

beglückendem Endziel: Liebe, Vertrauen und Verantwortungsgefühl. Alle Beispiele sind mitten aus dem Leben gegriffen und daher unmittelbar im täglichen Leben verwertbar. Nicht nur jede Mutter, sondern jeder Mensch, der sich praktisch oder theoretisch je mit Erziehungsproblemen befaßt, muß dieses Büchlein gelesen, muß es in sich verarbeitet haben. M. H.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Jugendberatung!

Aus der Münchener jüdischen Jugend heraus ist der Wunsch laut geworden, eine

Freie Beratungsstelle
für Jugendliche

zu schaffen, die, getragen von gegenseitigem menschlichen Vertrauen, jungen Menschen Rat und Hilfe, wo immer sie nötig ist, erteilen soll. Sie ist nicht zuletzt auch für solche gedacht, die keiner Jugendorganisation angehören, die vielleicht nicht die Möglichkeit haben, sich an Führer oder ältere Freunde, die ihr Vertrauen rechtfertigen, zu wenden. Selbstverständlich wird völlige Diskretion gewährt — die Ratsuchenden brauchen ihren Namen nicht anzugeben.

Wir wissen, auch in der jüdischen Jugend gibt es verschiedene Nöte, geheime Ratlosigkeit, Schwierigkeiten in Fragen der Lebensführung, von denen Eltern und Lehrer oft nichts erfahren, weil die Furcht, gerade von seiner nächsten Umgebung nicht verstanden zu werden, den jungen Menschen schweigen läßt. Hier will die Beratungsstelle helfend eingreifen, will neutralen Boden, menschliche Hilfe und Aussprachmöglichkeiten schaffen.

Mitglieder der Beratungsstelle, vorgeschlagen von einem jugendlichen Kreis, sind:

Feuchtwanger, Dr. Erich, Nervenarzt, Adelheidstraße 6, Tel. 371139.
Heller, Dr. Alfred, Verleger, Herzog-Wilhelm-Straße 20, Tel. 93099.
Frau Dr. Straus, Rahel, Ärztin, Kobellstraße 13/I, Tel. 73889.
Frau Weil, Gertrude, Königinstraße 4, Tel. 26087.
Eisen, Ernst, Schwanthalerstraße 95, Tel. 597238.
Kohnstamm, Jakob, Rechtsanwalt, Maximiliansplatz 12b, Tel. 93801.

Die zwei letzteren sind selbst jüngere Menschen, die aus der Jugendbewegung kommen.

Wendet Euch an eines der Mitglieder, wenn Ihr Rat und Hilfe braucht. Sie bitten um Euer Vertrauen — in Eurem Dienst.

Zionistische Ortsgruppe München. Die Zionistische Ortsgruppe München veranstaltet als Beginn ihrer Wintertätigkeit am 20. Oktober, abends 8.15 Uhr, im „Rheinischen Hof", einen Vortragsabend mit Kurt Blumenfeld, der über das Thema: „Weltjudentum und Zionismus" sprechen wird. Zum Lobe Blumenfeld braucht nichts gesagt zu werden; er ist auch in München als einer der gedankenreichsten und weitsichtigsten jüdischen Politiker bekannt, dem vor allem die Soziologie des Judentums Erkenntnisse von großem Wert verdankt. Seine Ausführungen über die Wandlungen der jüdischen Situation und die jüdische Zukunft dürften größtes Interesse beanspruchen und dementsprechend auch ein zahlreiches Publikum finden. Siehe auch Inserat in dieser Nummer.

Im Jungzionistischen Arbeitskreis begann die Winterarbeit mit einem gutbesuchten Ausspracheabend, an dem Frl. Ruth Lindauer und Herr Fritz Rosenthal über die Frage: „Was bedeutet uns der Zionismus?" referierten. Frl. Lindauer ging von der Situation eines neugewonnenen Zionisten aus und entwickelte, wie man sich als solcher gegenüber den zionistischen Forderungen verhalten kann, Herr Rosenthal zeigte die mannigfachen mit dem Zionismus verbundenen Probleme des jüdischen Lebens auf und gab auf die gestellte Frage eine zwar subjektive, aber konsequente und jugendlich-radikale Antwort. Auf die Referate folgte eine rege Diskussion.

Die Münchner Gruppe der Zionisten-Revisionisten veranstaltet am Samstag, dem 18. Oktober, 8.15 Uhr, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, einen Vortrags- und Diskussionsabend. Es referieren: Michael Simann über „Der Kampf um den Judenstaat" und Dr. Ing. L. Berger über „Die politischen Strömungen in Europa und die Revisionistische Bewegung. Nach den Vorträgen findet eine ausgedehnte Aussprache statt.

Jüdischer Jugendverein. I. In Fortsetzung unserer Vortragsreihe: „Proletarisieren wir?" spricht im Rahmen unserer Donnerstagabende am 23. Oktober Herr Dr. E. Wellisch über das sehr zeitgemäße Thema: „Die Arbeitslosigkeit im Lichte der Umgestaltung der deutschen Wirtschaft." Beginn 20.30 Uhr im Lessingsaal. II. Unsere Freitagabende, zu denen wir alle jungen Juden Münchens einladen, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, finden regelmäßig im Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1, statt. Beginn 20.30 Uhr.

Hebräische Sprachschule, München. Am Samstag, dem 18. Oktober, abends 6 Uhr, beginnt der neue Anfängerkurs.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Samstag, den 18. Oktober 1930, 21 Uhr, findet Herzog-Rudolf-Straße1/I (Kindergarten), eine Mitgliederversammlung statt. Wir bitten sämtliche Mitglieder pünktlich zu erscheinen.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 2
vom 6.—13. Oktober 1930

Rosch-Haschanah-Spenden, gesammelt durch Frl. Erna Davidson: L. Davidson 5.50, N. N. 2.—, L. Bogopolsky 2.—, H. Ketzenel 2.—, Minikes 1.—, Guggenheim —.50 = 13.—; gesammelt durch Alfred Lieber: M. Lieber 10.—, Soffer Blauzwirn 3.50, Seligmann 1.— = 14.50.

Thoraspenden. M. Lieber 20.—.

VJSt.-Jordania-Garten. Die Aktivitas grat. ihrem lieben alten Herrn Dr. Raph. Straus und Gattin zur Bar-Mizwah ihres Sohnes (unlieb verspätet) 1 B. = 6.—.

Summe: 53.50 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 186.53 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.